

PricewaterhouseCoopers AG WPG (Hrsg.)

Steueränderungen 2017

Umfassende Analyse der steuerlichen Änderungen 2016 / 2017



HAUFE.

Urheberrechtsinfo

Alle Inhalte dieses eBooks sind urheberrechtlich geschützt.

Die Herstellung und Verbreitung von Kopien ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Steueränderungen 2016/2017



Steueränderungen 2016/2017

Autoren

Philipp Clausen RA Düsseldorf	Martin Diemer RA StB Stuttgart	Prof. Dr. Dieter Endres StB Frankfurt am Main	Dr. Carla Freiling StB Frankfurt am Main
Frank Gehring StB Düsseldorf	Sabine Gregier RA StB Düsseldorf	Dr. Steffen Huber StB Stuttgart	Manfred Karges StB Düsseldorf
Claudia Lauten StB Düsseldorf	Christine Marx RA StB Düsseldorf	Prof. Dr. Daniel Mohr RA StB Hamburg	Achim Obermann StB Düsseldorf
Anke Richert RA StB Hamburg	Dr. Kevin Paul Tanguy RA Hamburg	Margot Voß-Gießwein StB Düsseldorf	Susanne Winter StB Hamburg

15. Auflage

Haufe Gruppe
Freiburg • München • Stuttgart

Steueränderungen 2016/2017

15. Auflage 2017

© 2017 Haufe-Lexware GmbH & Co. KG, Freiburg

info@haufe.de

www.haufe.de

Produktmanagement: Bettina Noé

Die Angaben entsprechen dem Wissensstand bei Redaktionsschluss im Januar 2017. Alle Angaben/Daten erfolgten nach bestem Wissen, jedoch ohne Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit. Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insb. für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

Lektorat: Ulrike Fuldner, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Steuerrecht, Aschaffenburg

DTP: Agentur: Satz & Zeichen, Karin Lochmann, Buckenhof

Druck: BELTZ Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza

Vorwort

Das Jahr 2016 war nicht nur ein Schaltjahr mit 366 Tagen, es war auch das Jahr der Krisen und Überraschungen, geprägt durch Turbulenzen auf dem politischen Parkett und auf den Finanzmärkten. Keine leichte Aufgabe für die amtierende Bundesregierung, in diesem unruhigen Fahrwasser Kurs zu halten, wohl wissend, dass sie sich im Herbst 2017 dem Votum der Wähler stellen muss. Abgestimmt wird dabei nicht nur über die Willkommenskultur in Deutschland, sondern auch über die Steuerreformpakete der letzten Monate. Was das Thema Steuern angeht, kann man dem Gesetzgeber keinesfalls mangelndes Engagement vorwerfen. Abgesehen davon, dass der Abschluss der Erbschaftsteuerreform knapp an einer Blamage vorbeischrämte, verständigte man sich mit den europäischen Partnern im Rahmen des Projekts gegen die Kürzung und Verlagerung von Gewinnen (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) vergleichsweise schnell auf Maßnahmen gegen den schädlichen Steuerwettbewerb. Manche sprechen gar von einem Meilenstein der internationalen Steuerpolitik. Ob man in der Bewertung so weit gehen muss, bleibt abzuwarten. Leider muss aber auch für 2016 festgehalten werden, dass sich Gesetzgeber und Finanzverwaltung wiederholt in Wertungswidersprüchen verstrickt und mit Nichtanwendungserlassen gegen notwendige Korrekturen der Rechtsprechung gesperrt haben.

Die Zahl der Steueränderungen ist mittlerweile derart gestiegen, dass selbst mit der Materie Vertraute kaum Schritt halten können. Um allen Interessierten Orientierung zu bieten, bereitet das PwC-Steuerjahrbuch die wichtigsten Steueränderungen der letzten zwölf Monate wieder kompakt für Sie auf. Ziel und Aufbau des PwC-Steuerführers bleiben auch in seiner 15. Auflage unverändert: Der Leser kann sich über alle Entwicklungen in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung informieren, die im zurückliegenden Jahr wichtig waren. Die folgenden Themen sind die Schwerpunkte dieser Auflage: Das Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnverkürzungen und -verlagerungen, das die Empfehlungen des BEPS-Projekts und zahlreicher anderer Änderungen umsetzt, die für Unternehmen bedeutsam sind; die Erbschaftsteuerreform sowie die beiden Themenbereiche Verrechnungspreise und internationales Steuerrecht.

Die Erstellung eines solchen Manuskripts – gerade unter Berücksichtigung der Jahresendgesetze – ist nur in Teamarbeit möglich. Der besondere Dank des Herausgebers gilt deshalb dem PwC-Autorenteam, dem es mit tiefem Sachverstand, Erfahrung und Engagement wieder gelungen ist, dem Leser ein topaktuelles Steuerhandbuch an die Hand zu geben, das viele nützliche Praxishinweise enthält. Besten Dank auch allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Haufe-Verlags für das Lektorat sowie, last but not least, Gabriele Stein, die das Jahrbuch bereits zum 15. Mal zeitgerecht realisiert hat.

Frankfurt am Main, im Januar 2017

Marius Möller

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis.....	7
Abkürzungsverzeichnis.....	23
A Neue Steuergesetzgebung	31
B Überblick über die Verwaltungsvorschriften 2016.....	103
C Überblick über die Rechtsprechung 2016.....	189
D Neuentwicklungen im internationalen Steuerrecht	421
E Verrechnungspreise	473
F Rechtsprechung im allgemeinen Wirtschaftsrecht aus 2016	485
G Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	499
H Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen (BEPS-UmsG).....	517
Stichwortverzeichnis	560
PwC-Standorte (Steuerberatung)	583

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5	
Inhaltsübersicht.....	6	
Inhaltsverzeichnis.....	7	
Abkürzungsverzeichnis.....	23	
A	Neue Steuergesetzgebung	31
1	Steuergesetzänderungen, die 2016 in Kraft getreten sind	31
1.1	Gesetz zu der Mehrseitige Vereinbarung vom 27.1.2016 zwischen den zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (Country-by-Country-Reporting).....	31
1.1.1	Hintergrund und Zielsetzung.....	31
1.1.2	Regelungsinhalt.....	32
1.1.2.1	Begriffsbestimmungen.....	32
1.1.2.2	Weitere Inhalte.....	34
1.1.3	Inkrafttreten.....	35
1.2	Änderungen in der Einkommensteuer.....	35
1.2.1	Steuerliche Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr.....	35
1.2.1.1	Hintergrund und Ziele des Gesetzes.....	35
1.2.1.2	Regelungsinhalte.....	36
1.2.1.3	Inkrafttreten.....	36
1.2.2	Tarifglättung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, § 32c EStG.....	37
1.2.2.1	Hintergrund und Ziel des Gesetzes	37
1.2.2.2	Regelungsinhalt.....	37
1.2.2.3	Inkrafttreten.....	37
1.3	Änderungen in der Körperschaftsteuer	38
1.3.1	Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften	38
1.3.1.1	Hintergrund und Zielsetzung.....	38
1.3.1.2	Regelungsinhalt.....	38
1.3.1.2.1	Unveränderte Fortführung des Geschäftsbetriebs	38
1.3.1.2.2	Antragserfordernis	39
1.3.1.2.3	Feststellung des Verlustvortrags und Verwendungsreihenfolge	40
1.3.1.2.4	Umstrukturierungen	40
1.3.1.2.5	Zinsvortrag.....	40
1.3.1.3	Inkrafttreten.....	40
1.4	Gesetz zur Reform der Investmentbesteuerung (Investmentsteuerreformgesetz – InvStRefG).....	41
1.4.1	Die Investmentsteuerreform im Überblick.....	41
1.4.2	Kapitel 1 – Allgemeine Regelungen	41
1.4.3	Kapitel 2 – Besteuerung von Investmentfonds und deren Anleger	43
1.4.3.1	Körperschaftsteuerpflicht eines Investmentfonds, § 6 InvStG.....	43
1.4.3.1.1	Inländische Beteiligungseinnahmen, § 6 Abs. 3 InvStG.....	43
1.4.3.1.2	Inländische Immobilienerträge, § 6 Abs. 4 InvStG.....	44
1.4.3.1.3	Sonstige inländische Einkünfte, § 6 Abs. 5 InvStG	45
1.4.3.2	Steuerbefreiung aufgrund steuerbegünstigter Anleger, § 8 InvStG	45
1.4.3.3	Gewerbsteuer, § 15 InvStG	48

1.4.3.4	Besteuerung des Anlegers eines Investmentfonds, § 16 InvStG	49
1.4.3.4.1	Investmenterträge.....	50
1.4.3.4.2	Ausschüttungen.....	51
1.4.3.4.3	Vorabpauschale, § 18 InvStG	52
1.4.3.4.4	Veräußerungsgewinne, § 19 InvStG	54
1.4.3.5	Teilfreistellungen, § 20 InvStG.....	54
1.4.3.5.1	Aktienfonds, § 20 Abs. 1 InvStG	55
1.4.3.5.2	Mischfonds, § 20 Abs. 2 InvStG	56
1.4.3.5.3	Immobilienfonds, § 20 Abs. 3 InvStG	56
1.4.3.5.4	Nachweis und Wegfall der Teilfreistellungsvoraussetzungen, §§ 20 Abs. 4, 22 InvStG.....	57
1.4.3.5.5	Teilfreistellung von der Gewerbesteuer, § 20 Abs. 5 InvStG	57
1.4.4	Kapitel 3 – Spezial-Investmentfonds, § 25 ff. InvStG	58
1.4.4.1	Qualifikation als Spezial-Investmentfonds, § 26 InvStG	58
1.4.4.2	Option zur transparenten Besteuerung	60
1.4.4.2.1	Transparenzoption, § 30 InvStG	60
1.4.4.2.2	Option für Immobilienerträge und sonstige Einkünfte, § 33 InvStG	62
1.4.4.3	Besteuerung der Anlegerebene bei Spezial-Investmentfonds, § 34 ff. InvStG	62
1.4.5	Kapitel 6 – Bußgeldvorschriften, Anwendungs- und Übergangsvorschriften.....	63
1.4.5.1	Bußgeldvorschriften, § 55 InvStG	63
1.4.5.2	Anwendungs- und Übergangsvorschriften, § 56 InvStG	63
1.4.5.3	Fingiertes Rumpfwirtschaftsjahr zum 31.12.2017	63
1.4.5.4	Fiktive Veräußerung der Fondsanteile mit Ablauf des 31.12.2017.....	64
1.4.5.5	Bestandsschutz für Wertsteigerungen von Alt-Fonds (Wegfall des sog. Grandfathering).....	65
1.4.6	Änderung des Investmentsteuergesetzes, Art. 2 des InvStRefG	66
1.4.6.1	Prüfung von Besteuerungsgrundlagen ausländischer Investmentfonds	66
1.4.6.1.1	Erweiterung der Prüfungs- und Bescheinigungspflichten von Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern oder vergleichbaren Berufsträgern	67
1.4.6.1.2	Umsetzung des EuGH-Urteils v. 9.10.2014, C–326/12, <i>van Caster und van Caster</i>	68
1.4.6.1.3	Pflichtverletzung bei der Prüfung von Besteuerungsgrundlagen	70
1.4.7	Art. 3 InvStRefG, Änderungen des EStG	70
1.4.8	Art. 4 InvStRefG, Änderung des KStG.....	70
1.4.9	Art. 5 InvStRefG – Änderung des UStG (Umsatzsteuerfreie Fondsverwaltung).....	70
1.4.10	Art. 6 InvStRefG, Änderung des AStG.....	71
1.5	Änderungen in der Erbschaft- und Schenkungsteuer	71
1.6	Änderungen im Handelsrecht.....	72
1.6.1	Verlängerung des Zinsbetrachtungszeitraums für Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen, § 253 Abs. 2 S. 1 HGB	72
1.6.2	Abschlussprüfungsreformgesetz	73
1.6.2.1	Neue Definition der Unternehmen von öffentlichem Interesse, § 317 Abs. 3a HGB	74
1.6.2.2	Klarstellung des Umfangs der Abschlussprüfung, § 317 Abs. 4a HGB.....	74
1.6.2.3	Pflichtrotation, § 318 Abs. 1a HGB	74
1.6.2.4	Erbringung von Nichtprüfungsleistungen, § 319a HGB	76
1.6.2.5	Prüfungsbericht, § 321 HGB.....	77
1.6.2.6	Bestätigungsvermerk, § 322 HGB	78
1.6.2.7	Prüfungsausschuss, § 324 HGB	78
1.6.3	CSR-RL-Umsetzungsgesetz.....	79
1.6.3.1	Hintergrund und Ziele des Gesetzes.....	79
1.6.3.2	Inkrafttreten.....	80
1.6.3.3	Persönlicher Anwendungsbereich der nichtfinanziellen Berichtspflicht.....	80
1.6.3.4	Befreiungen.....	81
1.6.3.5	Form der Berichterstattung	82
1.6.3.6	Inhalt der nichtfinanziellen Erklärung.....	82
1.6.3.7	„Comply or Explain“	84
1.6.3.8	Grenzen der Berichtspflicht	85
1.6.3.9	Prüfungspflicht.....	85

1.6.3.10	Sanktionsmaßnahmen	86
2	Steuergesetzänderungen, die 2017 in Kraft treten	86
2.1	Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen (BEPS-UmsG)	86
2.2	Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen	87
2.2.1	Hintergrund und Ziele des Gesetzes	87
2.2.2	Regelungsinhalt	87
2.2.3	Technische Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zum Schutz von Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen	88
2.2.4	Inkrafttreten	89
3	Ausblick auf in Planung befindliche Gesetzesvorhaben	89
3.1	Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerumgehungen	89
3.1.1	Anzeigepflicht für Steuergestaltungen	90
3.1.2	Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz	90
3.1.2.1	Ziele des Gesetzes	90
3.1.2.2	Regelungsinhalt	90
3.1.2.2.1	Ausweitung der Anzeigepflichten nach § 138 AO	90
3.1.2.2.2	Mitteilungspflichten für Finanzinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute	91
3.1.2.2.3	Aufhebung des steuerlichen Bankgeheimnisses nach § 30a AO	92
3.1.2.2.4	Gesetzliche Klarstellung der Zulässigkeit von Sammelauskunftersuchen der Finanzbehörden, § 93 Abs. 1a AO-E	93
3.1.2.2.5	Erweiterung des automatisierten Kontenabrufverfahrens nach § 93 Abs. 7 AO	93
3.1.2.2.6	Erweiterung der Aufbewahrungspflichten, § 147a Abs. 2 AO-E	94
3.1.2.2.7	Erweiterung des Straftatenkatalogs für besonders schwere Steuerhinterziehungen	94
3.1.2.2.8	Verlängerung der Zahlungsverjährungsfrist in Steuerhinterziehungsfällen, § 228 S. 2 AO-E	94
3.2	Geplante Neuregelungen im Zusammenhang mit Rechte- und Lizenzüberlassungen	95
3.2.1	Geszentwurf gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen - Einführung eines § 4j EStG	95
3.2.1.1	Hintergrund und Zielsetzung	95
3.2.1.2	Regelungsinhalt	95
3.2.1.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich	95
3.2.1.2.2	Sachlicher Anwendungsbereich	95
3.2.1.3	Inkrafttreten	98
3.2.2	Verhinderung von Gestaltungsmodellen zur Minderung der Gewerbesteuer mittels Lizenzzahlungen	98
3.2.2.1	Hintergrund der Initiative	98
3.2.2.2	Stellungnahme zur Initiative	98
3.3	Änderungen bei der Besteuerung von Grundbesitz	99
3.3.1	Hintergrund und Zielsetzungen	99
3.3.2	Anpassung des Grundgesetzes	99
3.3.3	Änderungen im Bewertungsrecht	99
3.3.3.1	Anlass der Änderungen	99
3.3.3.2	Bisherige Gesetzeslage	99
3.3.3.2.1	Problem der Verfassungswidrigkeit der Einheitsbewertung	100
3.3.3.3	Umsetzung und Zeitplan	100
3.3.3.4	Überblick über den Inhalt der möglichen Änderungen	100
3.3.3.4.1	Bewertungsziele	100
3.3.3.4.2	Ermittlung des Kostenwerts	101
3.3.3.4.3	Bewertungsverfahren	101
3.3.3.4.4	Erstmaliger Bewertungszeitpunkt und weitere Feststellungen	101
3.3.3.4.5	Anwendung auf die Grundsteuer	102
3.3.3.5	Inkrafttreten	102

B	Überblick über die Verwaltungsvorschriften 2016.....	103
1	Änderungen bei der Einkommensteuer	103
1.1	Änderungen bei der Gewinn- und Einkunftsermittlung (§§ 2 bis 12 EStG)	103
1.1.1	Steuerfreiheit von Zuschlägen für Kindererziehungs- und Pflegezeiten.....	103
1.1.2	Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen für Werkleistungen.....	103
1.1.3	Ertragsteuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen	104
1.1.4	Vordrucke zur Einnahme-Überschuss-Rechnung (EÜR) für 2016 bekanntgegeben	105
1.1.5	E-Bilanz – Veröffentlichung der Taxonomien 6.0	106
1.1.6	Neues BMF-Schreiben zur Teilwertabschreibung	107
1.1.7	Pauschalverfahren zur Abzinsung von Schadenrückstellungen der Versicherungsunternehmen.....	108
1.1.8	Einbringung eines Wirtschaftsguts in eine Personengesellschaft gegen Gutschrift auf dem Kapitalkonto II.....	109
1.1.9	Arbeitshilfe zur Aufteilung eines Gesamtkaufpreises für ein bebautes Grundstück	110
1.1.10	Voraussetzungen für die Aufstockung von Investitionsabzugsbeträgen	111
1.1.11	Versorgungsleistungen im Zusammenhang mit einer gleitenden Vermögensübergabe.....	113
1.1.12	Vorsorgeeinrichtungen nach der zweiten Säule der schweizerischen Altersvorsorge (berufliche Vorsorge).....	114
1.1.13	Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags bei Vorsorgeaufwendungen	115
1.1.14	Anerkennung von Aufwands- und Rückspenden.....	115
1.1.15	Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens in Ecuador sowie der Unwetter in Deutschland.....	116
1.2	Änderungen bei den Einkunftsarten (§§ 13 bis 23 EStG)	117
1.2.1	Anwendungsschreiben zu § 16 Abs. 3b EStG.....	117
1.2.2	Ertragsteuerliche Behandlung der Kindertagespflege	118
1.2.3	Einzelfragen zur Abgeltungsteuer	119
1.2.4	Verhinderung von Gestaltungen mit Bond-Stripping im Privatvermögen.....	120
1.2.5	Besteuerung von Zinsen auf Rentennachzahlungen.....	121
1.3	Sonstige Schreiben und Verfügungen	122
1.3.1	Pauschbeträge für behinderte Menschen und Pflegepersonen	122
1.3.2	Neues Anwendungsschreiben zu Steuerermäßigung bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb.....	122
1.3.3	Erweiterung der Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienst- und Handwerkerleistungen	123
1.3.4	Kindergeld – Familienlastenausgleich	124
1.4	Einkommensteuerrichtlinien	125
2	Änderungen bei der Körperschaftsteuer	126
2.1	vGA bei Risikogeschäften (Aufhebung eines Nichtanwendungserlasses).....	126
2.2	Anwendbarkeit des § 8c KStG auf Verluste im Rahmen der Hinzurechnungsbesteuerung nach AStG.....	127
2.3	Beteiligung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts an einer Personengesellschaft.....	127
2.4	Gesonderte Feststellung von Nennkapitalrückzahlungen bei ausländischen EU/EWR- Gesellschaften	128
2.5	Neue Körperschaftsteuer-Richtlinien 2015	129
2.6	Folgen des EuGH-Urteils <i>STEKO</i>	130
2.7	Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art mittels eines Blockheizkraftwerks	131
2.8	Behandlung von Genussrechten	132
2.9	Anwendungsfragen bei der sog. „Kleinen Organschaftsreform“	132
3	Änderungen bei der Lohnsteuer	134
3.1	Förderung der Elektromobilität.....	134
3.1.1	Hintergrund	134
3.1.2	Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 46 EStG	134
3.1.3	Pauschalversteuerung für die Übereignung von Ladevorrichtungen	135
3.1.4	Dokumentationsanforderungen	136

3.2	Dienstwagenbesteuerung in Leasingfällen.....	136
3.3	Bewertung geldwerter Vorteile aus der Überlassung von Jobtickets.....	137
3.4	Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung von Fahrrädern an Arbeitnehmer.....	139
3.4.1	Hintergrund.....	139
3.4.2	Bewertungsregeln.....	139
3.4.3	Leasingnehmer-Eigenschaft nach wirtschaftlicher Betrachtungsweise.....	140
3.4.4	Kauf am Ende der Leasingdauer.....	141
3.5	Sachbezugswert für arbeitstägliche Zuschüsse zu Mahlzeiten.....	141
3.6	Kirchensteuer bei Pauschalierung der Lohn- und Einkommensteuer.....	143
3.6.1	Vereinfachtes Verfahren.....	143
3.6.2	Nachweisverfahren.....	143
3.6.3	Kirchensteuersätze.....	144
3.6.4	Anwendungsregelungen.....	144
3.7	Zukunftssicherungsleistungen und 44-Euro-Freigrenze.....	145
3.8	Ergänzendes BMF Schreiben zur ertragsteuerlichen Behandlung von Entlassungsentschädigungen.....	146
3.9	Neue Pauschalen für Umzugskosten.....	147
4	Änderungen bei der Umwandlungssteuer.....	149
4.1	Einbringung nach § 24 UmwStG und Übergang zur Gewinnermittlung durch Bestandsvermögensvergleich.....	149
5	Änderungen bei der Umsatzsteuer.....	150
5.1	Handel mit zahlungsgestörten Forderungen.....	150
5.2	Einheitliche Lieferungen trotz gebrochener Beförderung oder Versendung.....	151
5.3	Vergütungsverfahren bei Ausfuhr und innergemeinschaftlicher Lieferung.....	154
5.4	BMF trifft neue Regelungen zur Mindestbemessungsgrundlage.....	156
5.5	Erneut: Bestelleintritt in Leasingfällen.....	157
5.6	Zur umsatzsteuerlichen Organschaft.....	158
5.7	Zum Übergang der Steuerschuldnerschaft bei Leistungen an die öffentliche Hand und bei Bauleistungen.....	159
5.8	Angabe zusätzlicher oder abweichender Sachverhalte bzw. Rechtauffassungen in Steuererklärungen.....	160
6	Änderungen bei der Gewerbesteuer.....	162
6.1	Blockheizkraftwerk und erweiterte Kürzung nach § 9 Nr. 1 S. 2 GewStG.....	162
6.2	§ 10 AStG als Teil des Gewerbeertrags (Nichtanwendungserlass).....	162
6.3	Vorläufige Festsetzung des Gewerbesteuer-Messbetrags.....	163
7	Änderungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer.....	164
7.1	Basiszins für das vereinfachte Ertragswertverfahren nach § 203 Abs. 2 BewG.....	164
7.2	Wertsteigerung infolge des Kaufpreisschwundes.....	164
7.3	Bewertung einer lebenslänglichen Nutzung oder Leistung.....	165
7.4	Erteilung von verbindlichen Auskünften in Bezug auf die Verschonungsregelungen nach §§ 13a und 13b ErbStG.....	165
7.5	Anwendung des ErbStG auf Erwerbe, für die die Steuer nach dem 30.6.2016 entsteht.....	165
7.6	Frist zur Antragsstellung auf Optionsverschonung nach § 13a Abs. 8 ErbStG.....	166
7.7	Berechnung des Ablösebetrags nach § 25 Abs. 1 S. 3 ErbStG a. F.	166
7.8	Anwendung des § 97 Abs. 1b BewG i. d. F. des Steueränderungsgesetzes 2015.....	167
7.9	Anwendung des § 154 Abs. 1 BewG i. d. F. des Steueränderungsgesetzes 2015.....	168
7.10	Steuerbefreiung für den Erwerb eines Familienwohnheims von Todes wegen nach § 13 Abs. 1 Nr. 4b und 4c ErbStG, Steuerbefreiung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke nach § 13c ErbStG und Steuerbefreiung für Betriebsvermögen, Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und Anteile an Kapitalgesellschaften nach § 13a ErbStG.....	169
7.11	Anwendung der Schuldenkürzung nach § 10 Abs. 6 ErbStG.....	170

7.12	Übertragung von nach §§ 13a, 13b ErbStG begünstigtem Vermögen unter einer Duldungsaufgabe innerhalb der Behaltensfrist i. S. d. § 13a Abs. 5 S. 1 ErbStG.....	170
7.13	Reinvestitionsklausel bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	171
7.14	Behandlung von Steuerberatungskosten für die Steuerangelegenheiten des Erblassers	172
7.15	Haftung des Testamentsvollstreckers für die sog. Nachsteuer.....	173
8	Änderungen bei der Abgabenordnung.....	174
8.1	Vorläufigkeitsvermerk	174
8.1.1	Vorläufige Steuerfestsetzung nach § 165 AO im Hinblick auf anhängige Musterverfahren	174
8.1.2	Vorläufige Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrags	177
8.2	Änderungen des Anwendungserlasses zur AO	177
8.2.1	Änderung durch das BMF-Schreiben vom 26.1.2016.....	177
8.2.2	Änderung durch das BMF-Schreiben vom 23.5.2016.....	180
8.2.3	Änderung durch das BMF-Schreiben vom 5.9.2016.....	182
8.3	Sonstige BMF-Schreiben bzw. OFD-Verfügungen	184
8.3.1	Amtliche Muster für Vollmachten im Besteuerungsverfahren.....	184
8.3.2	Anwendung von BMF-Schreiben und gleich lautenden Ländererlassen	184
8.3.3	Verzinsung von hinterzogenen Steuern.....	185
9	Änderungen bei der Grunderwerbsteuer	186
9.1	Anwendung der §§ 5, 6 GrEStG	186
9.2	Mittelbare Änderung des Gesellschafterbestands einer grundbesitzenden Personengesellschaft i. S. d. § 1 Abs. 3 GrEStG.....	186
9.3	Hinausschieben der Fälligkeit der Grunderwerbsteuer	187
9.4	Keine Grunderwerbsteuer-Befreiung nach § 3 Nr. 3 GrEStG für Anteilsvereinigung durch Erwerb von Gesellschaftsanteilen im Rahmen einer Erbauseinandersetzung.....	188
C	Überblick über die Rechtsprechung 2016.....	189
1	Im Bereich der Einkommensteuer.....	189
1.1	Entscheidungen zur Gewinn- und Einkunftsermittlung (§§ 2 bis 12 EStG)	189
1.1.1	Nutzungsausfallentschädigung für bewegliches Betriebsvermögen immer Betriebseinnahme	189
1.1.2	Kein erneuter Wechsel der Gewinnermittlungsart nach wirksamer Ausübung des Wahlrechts für ein Wirtschaftsjahr	190
1.1.3	Schuldzinsenabzug auch bei Finanzierung von Zinsen eines Investitionsdarlehens.....	191
1.1.4	Betriebsausgabenabzug bei der Veranstaltung von Golfturnieren	192
1.1.5	Anschaffungsnahe Herstellungskosten anstelle Sofortabzug – Grundsatzentscheidungen.....	193
1.1.6	Passivierung eines Darlehens mit steigenden Zinssätzen.....	195
1.1.7	Gutschrift auf Kapitalkonto II einer Personengesellschaft bedeutet keine Gewährung von Gesellschaftsrechten.....	196
1.1.8	Keine Steuerbelastung bei sog. gleitender Generationennachfolge	197
1.1.9	Vorlage an den Großen Senat zur „Trennungstheorie“	199
1.1.10	Doppelte AfA bei Bebauung des Ehegattengrundstücks.....	200
1.1.11	Kompensation des Mehrergebnisses einer Außenprüfung durch Investitionsabzug.....	201
1.1.12	Häusliches Arbeitszimmer – Kein Abzug bei gemischt genutzten Räumen	202
1.1.13	Häusliches Arbeitszimmer – Keine Berücksichtigung der Aufwendungen für gemischt genutzte Nebenräume.....	204
1.1.14	Nichtberücksichtigung von Altersvorsorgeaufwendungen als vorweggenommene Werbungskosten verfassungsgemäß	205
1.1.15	Erstattete Krankenversicherungsbeiträge mindern Sonderausgabenabzug	206
1.1.16	Selbst getragene Krankheitskosten können nicht als Sonderausgaben abgezogen werden.....	207
1.1.17	Gesundheitsbewusstes Verhalten mindert nicht den Sonderausgabenabzug.....	208
1.1.18	Sonderausgabenabzug für vom Erben nachgezahlte Kirchensteuer	210
1.1.19	Sofortabzug eines Disagios.....	211

1.2	Entscheidungen zu den Einkunftsarten (§§ 13 bis 23 EStG)	212
1.2.1	Keine Gewerbesteuerpflicht bei Vermietung eines Einkaufszentrums	212
1.2.2	Verfassungsmäßigkeit der Verlustausgleichs- und Abzugsbeschränkung aus betrieblichen Termingeschäften.....	213
1.2.3	Verlustausgleichs- und Abzugsbeschränkung für betriebliche Termingeschäfte.....	214
1.2.4	Gewinnneutrale Realteilung erleichtert.....	215
1.2.5	Strukturwandel zur Liebhaberei stellt keine Betriebsaufgabe dar.....	216
1.2.6	Steuerpflichtige Entschädigungszahlung an Feuerwehrleute	218
1.2.7	Verlust aus dem Verfall von Optionen steuerlich berücksichtigungsfähig	219
1.2.8	Abzug von Swapkosten als nachträgliche Beteiligungsaufwendungen.....	220
1.2.9	Besteuerung eines ausländischen sog. „Spin-off“ – Steuerneutrale Einlagenrückgewähr auch in Drittstaatenfällen möglich.....	221
1.2.10	Steuerpflicht bei testamentarisch angeordneter Verzinsung eines Vermächtnisses	223
1.2.11	Vereinbarkeit der Pauschalbesteuerung gem. § 6 InvStG mit dem Unionsrecht	224
1.2.12	Entfernungspauschale bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	226
1.2.13	Erneuerung Einbauküche – Aufwendungen nicht sofort abziehbar	227
1.2.14	Verfassungsmäßigkeit des Alterseinkünftegesetzes bestätigt	228
1.2.15	Hälftiges Verlustausgleichsverbot beim Übergang zur Abgeltungsteuer.....	229
1.3	Sonstige Entscheidungen	230
1.3.1	Kindergeld – Studium kein Bestandteil der einheitlichen Erstausbildung.....	230
1.3.2	Kindergeld für Elternteile, die im EU-Ausland leben	231
1.3.3	Prozesskosten für die Geltendmachung von Schmerzensgeld keine außergewöhnliche Belastung	233
1.3.4	Unterhaltsleistungen auch bei mehrjähriger Steuernachzahlung abziehbar	235
1.3.5	Kein Abzug ausländischer Steuer im Missbrauchsfall.....	236
1.3.6	Steuerermäßigung für Aufwendungen für ein Notrufsystem in einer Seniorenresidenz.....	237
1.3.7	Kein vorläufiger Rechtsschutz gegen die Festsetzung des Solidaritätszuschlags	238
2	Im Bereich der Körperschaftsteuer.....	239
2.1	VGA.....	239
2.1.1	VGA durch überhöhte Geschäftsführervergütungen an den Kommanditisten der Mutter-KG nahestehende Personen	239
2.1.2	Bonusprogramm eines Kreditinstituts in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft als vGA	240
2.1.3	VGA bei Teilwertabschreibung auf Zinsforderungen nach Teilwertabschreibung der Darlehensforderung.....	241
2.1.4	Vereinbarung eines Arbeitszeit- oder Zeitwertkontos als vGA.....	242
2.1.5	Sog. Erdienensdauer bei Unterstützungskassenzusage	243
2.1.6	vGA bei nicht kostendeckender teilweiser Vermietung eines Einfamilienhauses an den Gesellschafter-Geschäftsführer.....	244
2.2	Übergang zum Halb-/Teileinkünfteverfahren	246
2.2.1	Leistungen einer Kapitalgesellschaft i. S. v. § 27 Abs. 1 S. 3 KStG 2002 n. F. in Abgrenzung zur Rückzahlung von Nennkapital	246
2.2.2	Körperschaftsteuererhöhung: Verfassungsmäßigkeit der ausschüttungsunabhängigen Nachbelastung des Endbestands des EK 02 und der „Verschonungsregelung“ des § 34 Abs. 16 KStG 2002 i. d. F. des JStG 2008.....	247
2.2.3	Realisierung des Körperschaftsteuerguthabens im Rahmen einer Liquidation.....	248
2.3	Weitere Urteile.....	249
2.3.1	Sog. Holdingregelung in § 8a Abs. 4 KStG 2002 a. F.	249
2.3.2	Zurechnung von Aktien bei Wertpapierleihe	250
2.3.3	Verlust der wirtschaftlichen Identität bei konzerninterner Aufwärtsverschmelzung	251
2.3.4	Zinsschranke und 10%-Grenze des § 8a Abs. 3 KStG.....	253
2.3.5	Veräußerungskosten nach § 8b Abs. 2 S. 2 KStG bei ausschließlich auf Anteilsveräußerung gerichtetem Geschäftsbetrieb	254

3	Im Bereich der Lohnsteuer	256
3.1	Pauschalversteuerung von Sachzuwendungen nach § 37b EStG – Ausübung und Widerruf des Wahlrechts	256
3.2	Gesellschafter-Geschäftsführer: Arbeitslohn bei Gehaltsverzicht im Wege einer verdeckten Einlage	259
3.3	Gesellschafter-Geschäftsführer: Rückzahlung von Arbeitslohn erst bei tatsächlichem Abfluss steuerwirksam	261
3.4	Keine Festsetzung einer negativen pauschalen Lohnsteuer	263
3.5	Haftungsbescheid und Festsetzungsverjährung.....	265
3.6	Kein Lohn durch eigene Berufshaftpflichtversicherung einer Rechtsanwalts-GmbH	266
3.7	Kein Lohn durch Betriebshaftpflichtversicherung eines Krankenhauses.....	269
3.8	Zufluss von Arbeitslohn bei Schuldübernahme einer Pensionsverpflichtung durch einen Dritten	271
3.9	Zuteilung des Besteuerungsrechts für eine Abfindung nach Wegzug in die Schweiz	273
3.10	Aufwendungen für Besuchsfahrten eines Ehepartners zur auswärtigen Tätigkeitsstätte des anderen Ehepartners sind keine Werbungskosten	275
4	Im Bereich der Umwandlungssteuer	278
4.1	Bewertungs- und Ansatzwahlrecht nach § 3 UmwStG 1995	278
4.2	Gewinne aus der Fortführung der der bisherigen unternehmerischen Tätigkeit zuzuordnenden Geschäftsvorfällen	279
4.3	Keine Einkünfterminderung durch Übernahmeverlust bei Formwechsel.....	280
4.4	Verfassungsmäßigkeit des § 18 Abs. 2 UmwStG 2002	282
4.5	Verfassungsmäßigkeit der Nichtberücksichtigung eines Übernahmeverlusts nach § Abs. 6 UmwStG 2002 trotz Verbots vorheriger Teilwertabschreibung bei Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG	284
4.6	Negativer Geschäftswert bei Einbringung	285
5	Im Bereich der Umsatzsteuer.....	287
5.1	Anwendung der Versandhandelsregelung auch bei „indirekter“ Transportveranlassung	287
5.2	Steuerbefreiung der Verwaltungstätigkeit für einen Immobilienfonds	289
5.3	Kein Zuordnungswahlrecht für sonstige Leistungen.....	291
5.4	Keine Option zur Steuerpflicht außerhalb des notariellen Vertrags bei Grundstückslieferung.....	293
5.5	Veräußerung eines Gebäudes durch Bauträger als Geschäftsveräußerung im Ganzen	294
5.6	„Irgendwie-Nachweis“ bei innergemeinschaftlichen Lieferungen.....	296
5.7	Mehr Erstattungszinsen bei Verstoß gegen das Unionsrecht erhobener Umsatzsteuer?	297
5.8	Zu den Voraussetzungen der umsatzsteuerlichen Organschaft	298
5.9	Vorsteuerabzug von Holdinggesellschaften und umsatzsteuerliche Organschaft unter Beteiligung von Personengesellschaften.....	303
5.10	Geschäftsveräußerung im Ganzen an eine Organschaft.....	306
5.11	Geschäftsveräußerung im Ganzen in der Lieferkette und Lieferung eines Gebäudes auf fremdem Grund.....	308
5.12	Zur Korrektur unberechtigt auf einer Rechnung ausgewiesener Steuer	310
5.13	Neues von der Übergangsregelung für die Steuerschuldnerschaft für Bauleistungen.....	311
5.14	Vermietung von Mobiliar als Nebenleistung bei Gebäudevermietungen.....	313
5.15	EU-Vergütungsverfahren: Kein Scan vom Original der Rechnung erforderlich?.....	315
5.16	Vorsteuerabzug bei Unternehmensgründung	317
5.17	Übertragung eines Miteigentumsanteils als steuerfreie Lieferung	318
5.18	Vorsteuerabzug aus Vertrauensschutzgründen im Billigkeitsverfahren	320
5.19	Angaben im Vorsteuer-Vergütungsantrag für in der EU ansässige Unternehmer.....	323
5.20	Schülertransporte einer Gemeinde gegen geringfügige Gebühren.....	325
5.21	Zur Erteilung einer Bescheinigung für Universalpostdienstleister.....	327
5.22	Zum Verhältnis von Zollschuld und Einfuhrmehrwertsteuerschuld	328
5.23	Zur Aufteilung von Vorsteuern für gemischt genutzte Gebäude	330
5.24	Rundung des Pro-Rata-Satzes des Vorsteuerabzugs bei Vorsteueraufteilung	332

5.25	Vorsteuerabzug bei Einwerbung von Kapital für einen Beteiligungserwerb	333
5.26	Zu den Folgen einer Geschäftsveräußerung im Ganzen bei Ist-Besteuerung.....	336
5.27	Umsatzsteuerliche Behandlung von Sale-and-lease-back-Geschäften bei der Bilanzgestaltung.....	337
5.28	Zur Korrektur einer Rechnung und den Rechnungsvoraussetzungen	338
5.29	10%-Grenze für den Vorsteuerabzug bezieht sich auf fast ausschließlich private Nutzung	344
5.30	Teil-Geschäftsveräußerung im Ganzen bedarf keiner zivilrechtlich selbstständigen Gebäudeteile	345
5.31	Umsatzsteuerfreie Unterrichtsleistungen ohne behördliche Bescheinigung	347
5.32	Verpachtung einer Fotovoltaikanlage als Lieferung	348
5.33	Innergemeinschaftliche Verbringungen ohne USt-ID-Nr. des Ziellands	351
5.34	Umsatzsteuerliche Behandlung von Preisgeldern und Vorsteuerabzug	353
5.35	Betrieb einer Online-Kontaktbörse als auf elektronischem Weg erbrachte Dienstleistung	356
6	Im Bereich der Gewerbesteuer	358
6.1	Hinzurechnung von Pachtzinsen für einen gepachteten (Teil-)Betrieb.....	358
6.2	Merkmalsübertragung von einer nach § 3 Nr. 20b GewStG steuerbefreiten Betriebskapitalgesellschaft.....	358
6.3	Negative Hinzurechnung der Verlustübernahme eines stillen Gesellschafters (Teil 1)	359
6.4	Anwendung des § 16 Abs. 3 S. 5 EStG auch für die Gewerbesteuer.....	360
6.5	Negative Hinzurechnung der Verlustübernahme eines stillen Gesellschafters (Teil 2)	361
6.6	Gewerbesteuer bei Übergang des Vermögens einer Kapital- auf eine Personengesellschaft.....	362
6.7	Gewerbesteuer-Verlustvorträge beim „downstream merger“	363
6.8	Gesellschafter-Fremdfinanzierung nach § 8a KStG 2002 n. F. und Gewerbeertrag	364
6.9	Keine erweiterte Kürzung für Grundbesitz, der im Rahmen einer Betriebsaufspaltung überlassen wird	365
7	Im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer	368
7.1	Voraussetzungen der vollständigen Schenkungsteuerbefreiung des Erwerbs einer Kunstsammlung	368
7.2	Abfindungszahlung an Erbprätendenten als Nachlassverbindlichkeit abzugsfähig	370
7.3	Geltendmachung der Erbschaftsteuer im Nachlassinsolvenzverfahren.....	371
7.4	Festsetzung der Erbschaftsteuer für den Vorerbfall nach dem Tod des Vorerben	373
7.5	Bewertung eines mit einem Erbbaurecht belasteten bebauten Grundstücks für Zwecke der Schenkungsteuer 2008	375
7.6	Freigebiges Zuwendung bei der Übertragung eines Einzelkontos zwischen Eheleuten	376
7.7	Feststellung einer Steuerhinterziehung	378
7.8	Unterschiedliche Freibetragshöhe für beschränkt Steuerpflichtige trotz Optionsmöglichkeit unionsrechtswidrig.....	380
7.9	Erbschaftsteuer auf einen Nachlass mit Vermögen, das bereits im selben Mitgliedstaat unter Erhebung dieser Steuer übertragen wurde	381
7.10	Verhältnis der verdeckten Einlage eines Gesellschafters zur Schenkungsteuer	383
7.11	Berücksichtigung einer in den USA gezahlten Quellensteuer auf Versicherungsleistungen bei Erbschaftsteuer.....	384
7.12	Steuerbegünstigung nach § 13a ErbStG bei Übertragung von Kommanditanteilen unter Nießbrauchsvorbehalt	385
7.13	Berücksichtigung von Einkommensteuerschulden als Nachlassverbindlichkeiten im Falle einer Steuerhinterziehung durch den Erblasser	387
7.14	Gesonderte und einheitliche Feststellung des Grundbesitzwerts gegenüber mehreren Miterben.....	390
7.15	Rückwirkung der Steuerbefreiung für Familienheime	391
7.16	Abziehbarkeit eines verjährten Pflichtteilsanspruchs als Nachlassverbindlichkeit.....	391
7.17	Keine Schenkungsteuer bei überhöhten Mietzahlungen einer GmbH an ihren Geschäftsführer	392

8	Im Bereich der Abgabenordnung	393
8.1	Sammelaukunftersuchen der Steuerfahndung an Presseunternehmen verfassungsgemäß	393
8.2	Doppelte Gebühren bei verbindlicher Auskunft	395
8.3	Ablauf der Festsetzungsfrist bei Antragsveranlagung.....	396
8.4	Verjährungshemmende Wirkung einer Fahndungsprüfung	397
8.4.1	Voraussetzung für die verjährungshemmende Wirkung – Entscheidung VIII R 67/13	397
8.4.2	Ablaufhemmung nach Erstattung einer Selbstanzeige – Entscheidung VIII R 68/13	398
8.4.3	Ende der Ablaufhemmung – Entscheidung V R 58/14	400
8.5	Ersetzung des Vorläufigkeitsvermerks im Steuerbescheid	401
8.6	Zeitliche Grenzen für die Ausübung oder Änderung von Antrags- oder Wahlrechten	402
8.7	Keine Verwirkung des Anspruchs auf Aussetzungszinsen trotz überlanger Dauer eines Einspruchs- oder Klageverfahrens	404
8.8	Widerstreitende Steuerfestsetzungen gem. § 174 Abs. 4 AO.....	405
9	Im Bereich der Grunderwerbsteuer	406
9.1	Grundstückserwerb zur Abgeltung eines auf Geld gerichteten Abfindungsergänzungsanspruchs i. S. d. § 13 HöfeO nicht Grunderwerbsteuerbefreit.....	406
9.2	Mittelbare Änderung des Gesellschafterbestands i. S. d. § 1 Abs. 2a GrEStG durch Abschluss von Treuhandverträgen.....	407
9.3	Keine Grunderwerbsteuerbefreiung nach § 3 Nr. 3 GrEStG für Anteilsvereinigung durch Erwerb von Gesellschaftsanteilen im Rahmen einer Erbauseinandersetzung.....	408
9.4	Voraussetzung für die Steuerbefreiung nach § 6a GrEStG (Teil 1).....	409
9.5	Voraussetzung für die Steuerbefreiung nach § 6a GrEStG (Teil 2).....	410
9.6	Grunderwerbsteuerbefreiung für Erwerb von Miteigentumsanteilen von Geschwistern aufgrund interpolierender Betrachtung von § 3 Nr. 6 und Nr. 2 S. 1 GrEStG	411
9.7	Anwendbarkeit des § 1 Abs. 3 Nr. 2 GrEStG bei Ausscheiden von Kommanditisten gegen Abfindung	412
9.8	Ansatz des Meistgebots als Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer	414
9.9	Verwertungsbefugnis bei Treuhandverhältnissen	415
9.10	Grunderwerbsteuer bei Abtretung des Anspruchs auf Übertragung eines Gesellschaftsanteils.....	416
9.11	Einheitlicher Erwerbsgegenstand im Grunderwerbsteuerrecht	418
9.12	Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer bei Grundstücksschenkung unter Auflage	419
D	Neuentwicklungen im internationalen Steuerrecht	421
1	Steuerliche Herausforderungen beim Schritt über die Grenze	421
2	Steuersätze international	424
2.1	Tarif- und Effektivbelastung von Kapitalgesellschaften.....	424
2.2	Einkommensteuersätze für natürliche Personen.....	430
2.3	Umsatzsteuersätze in den EU-Mitgliedstaaten	431
3	Steuerbemessungsgrundlagen im Vergleich	433
3.1	Rahmenbedingungen für Holdinggesellschaften.....	433
3.2	Verlustabzugsbeschränkungen im EU-Vergleich	436
3.3	Fördermaßnahmen für Forschung und Entwicklung.....	439
4	Neues bei den Doppelbesteuerungsabkommen Deutschlands	442
4.1	Doppelbesteuerungsabkommen im Bereich der Steuern vom Einkommen und Vermögen.....	442
4.1.1	Rechtswirksame Abkommen zum 1.1.2017.....	442
4.1.2	Verhandlungsstand bei neuen Abkommen bzw. über Änderungen bestehender Abkommen.....	443
4.1.2.1	Armenien.....	443
4.1.2.2	Australien.....	443
4.1.2.3	China.....	444
4.1.2.4	Costa Rica.....	444

4.1.2.5	Finnland	444
4.1.2.6	Frankreich	444
4.1.2.7	Irland	445
4.1.2.8	Israel.....	445
4.1.2.9	Japan	445
4.1.2.10	Jersey	446
4.1.2.11	Mazedonien.....	446
4.1.2.12	Niederlande	446
4.1.2.13	Philippinen	446
4.1.2.14	Turkmenistan	446
4.1.2.15	Sonstige Abkommensverhandlungen.....	446
4.2	Abkommen zur Amtshilfe und zum Informationsaustausch	446
4.2.1	Allgemein.....	446
4.2.2	Automatischer Informationsaustausch und Spontanauskünfte.....	447
5	Verwaltungserlasse und höchstrichterliche Rechtsprechung mit internationalem Bezug	448
5.1	Verwaltungserlasse	448
5.1.1	Programmablaufplan für die Begrenzung der von Versorgungsbezügen einzubehaltenden Lohnsteuer.....	448
5.1.2	Keine Vorsteuer-Vergütung bei Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftlichen Lieferungen	448
5.1.3	Gewinnkorrektur mangels Fremdüblichkeit bei unbesicherten Darlehen im Konzern	448
5.1.4	Besteuerung von Abfindungszahlungen aus Anlass der Auflösung des Arbeitsverhältnisses	449
5.1.5	Gesonderte Feststellung von Nennkapitalrückzahlungen bei ausländischen Kapitalgesellschaften	450
5.1.6	Gewinnminderungen bei Auslandsbeteiligungen in 2001.....	450
5.1.7	Verwaltungsgrundsätze Betriebsstättengewinnaufteilung.....	451
5.2	Urteile des Bundesfinanzhofs	451
5.2.1	Ertragsteuern	451
5.2.1.1	DBA-Rückfallklausel: Besteuerungsrecht des Quellenstaats bei fehlender tatsächlicher Besteuerung.....	451
5.2.1.2	BFH hält Zinsschranke für verfassungswidrig.....	452
5.2.1.3	Zinsschranke: Vergütungen an mehrere qualifiziert beteiligte Gesellschafter nicht zusammenzurechnen	452
5.2.1.4	Besteuerung der Gesellschafter einer als US-LLP organisierten Anwaltssozietät	453
5.2.1.5	Keine Berücksichtigung von Währungsverlusten bei Liquidation einer ausländischen Unterpersonengesellschaft	453
5.2.1.6	Kein Korrekturbetrag nach AStG bei unentgeltlicher Überlassung eines Markenrechts	454
5.2.1.7	Kein Abzug ausländischer Steuern in Missbrauchsfällen	455
5.2.1.8	BFH zum Begriff des wirtschaftlichen Zusammenhangs bei Anrechnung ausländischer Steuern	456
5.2.1.9	Vorrang der sog. Rückfallklausel trotz später erlassenem DBA	457
5.2.1.10	Rückfallklausel auch bei Doppelansässigkeit anzuwenden	457
5.2.1.11	Arbeitslohn für Tätigkeit in der Türkei aufgrund Treaty Override nicht steuerfrei	458
5.2.1.12	Steuerneutrale Einlagenrückgewähr auch in Drittstaatenfällen möglich.....	459
5.2.1.13	DBA-Betriebsstättenbegriff nicht maßgebend für die Gewerbesteuer.....	460
5.2.2	Erbschaftsteuer.....	461
5.2.3	Umsatzsteuer.....	462
5.2.3.1	Rechnungsanforderungen zum Vorsteuerabzug auf dem unionsrechtlichen Prüfstand	462
5.2.3.2	Ort der Leistung bei elektronisch erbrachten Dienstleistungen.....	463
6	Steuerharmonisierung international	464
6.1	OECD.....	464
6.2	EU-Rat	464
6.2.1	Anti Tax Avoidance Directive	464

6.2.2	Erweiterung der Amtshilferichtlinie	465
6.3	Europäische Kommission	465
6.3.1	EU Kommission stellt Mehrwertsteuer-Aktionsplan vor	465
6.3.2	Kommission verklagt Deutschland wegen fehlender Anpassung der MwSt-Vorschriften für Reisebüros	465
6.3.3	Verschiedene Vorschläge für Richtlinien des Rates zur weiteren Harmonisierung des Unternehmenssteuerrechts	466
6.4	Europäischer Gerichtshof (EuGH)	467
6.4.1	Ertragsteuern	467
6.4.1.1	Verluste der österreichischen Betriebsstätte einer deutschen Kapitalgesellschaft nicht abzugsfähig – <i>Timac Agro</i>	467
6.4.1.2	Steuerbefreiung auch für nebenberufliche Lehrtätigkeit in der Schweiz	467
6.4.2	Erbschaftsteuer – Optionsrecht für beschränkt steuerpflichtige Erwerber nicht mit EU-Recht vereinbar	468
6.4.3	Umsatzsteuer	469
6.4.3.1	EuGH zur Methode der Vorsteueraufteilung bei gemischt genutzten Gebäuden	469
6.4.3.2	Umsatzsteuerliche Auswirkungen einer Rechnungskorrektur	470
6.4.3.3	Ergänzende Dokumente zu unvollständigen Rechnungen	471
6.4.3.4	Umsatzsteuerbefreiung trotz fehlender USt-ID-Nr.	471
E	Verrechnungspreise	473
1	Aktuelles zur OECD BEPS-Initiative (Stand Dezember 2016)	473
1.1	Rahmenplan der OECD	473
1.2	Aktuelles zu ausgewählten BEPS-Aktionspunkten	474
1.2.1	Aktionspunkt 13: Verrechnungspreis-Dokumentation und Country-by-Country-Reporting	474
1.2.2	Aktionspunkt 14: Verbesserung von Streitbeilegungsmechanismen (Dispute Resolution)	475
1.2.3	Aktionspunkt 15: Multilaterales Instrument	476
1.3	Anwendung der BEPS-Empfehlungen in Nicht-OECD-Staaten	477
2	Weitere OECD Aktivitäten mit Bezug zu Verrechnungspreisen	478
2.1	Entwurf der Neufassung des Kapitels IX der OECD-Richtlinien	478
2.2	Diskussionsentwurf der OECD zur Anwendung des AOA in Betriebsstättenfällen	478
3	Die BEPS-Initiative auf Ebene der EU	479
3.1	Anti-BEPS-RL der EU	479
3.2	Erweiterung der EU-Amtshilferichtlinie um Vorschriften zum Country-by-Country- Reporting	479
3.3	Vorschlag einer EU-RL über Verfahren zur Beilegung von Doppelbesteuerungstreitigkeiten	480
4	Umsetzung der OECD-Empfehlungen zu BEPS in nationales Recht in Deutschland	480
4.1	Überblick über die Neuregelungen bei Verrechnungspreisen	481
4.2	Neue Dokumentationsanforderungen für Verrechnungspreis-Sachverhalte	481
5	Verordnung zur Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf Betriebsstätten nach § 1 Abs. 5 AStG	482
6	Höchstrichterliche Rechtsprechung zu Verrechnungspreisen	483
6.1	Beschluss des BVerfG vom 15.12.2015 zum Treaty Override	483
6.2	BFH-Urteil vom 21.1.2016 zur unentgeltlichen Namensnutzung im Konzern	484
6.3	Nichtanwendungserlass des BMF zur Sperrwirkung von DBA-Normen	484

F	Rechtsprechung im allgemeinen Wirtschaftsrecht aus 2016	485
1	AGB-Recht – Keine Lockerung bei der AGB-Kontrolle im unternehmerischen Geschäftsverkehr	485
2	Kaufrecht – Weiter subjektiver Sachmangelbegriff im modernisierten Schuldrecht.....	487
3	Werkvertragsrecht – Leistungsverweigerungsrecht des Bestellers auch nach Verjährung der Mängelansprüche	488
4	Mietrecht – Abschied von der 10%-Rechtsprechung bei Flächenabweichungen im Mieterhöhungsverfahren.....	489
5	Gesellschaftsrecht – Haftung des Direktors einer Limited nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit	491
6	Insolvenzrecht – Bitte um Ratenzahlung als Indiz einer Zahlungseinstellung des Schuldners	493
7	Energierecht – EEG Novelle 2016.....	495
8	Wettbewerbsrecht – Haftung für Inhalte über Hyperlink	496
G	Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	499
1	Einleitung.....	499
2	Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes	500
2.1	Die Verschonungskonzeption nach dem Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz	500
2.2	Ermittlung des begünstigten Vermögens (§ 13b ErbStG).....	501
2.2.1	Ermittlungsschema.....	501
2.2.2	Begünstigungsfähiges Vermögen (§ 13b Abs. 1 ErbStG).....	502
2.2.3	Begünstigungsfähiges Vermögen – Aufteilung in begünstigtes und nicht begünstigtes Vermögen (§ 13b Abs. 2 ErbStG).....	502
2.2.4	Ermittlung des begünstigten Vermögens nach neuem Recht	503
2.2.5	Ausschluss der Begünstigung bei 90 % Verwaltungsvermögensquote.....	503
2.2.6	Verwaltungsvermögen (§ 13b Abs. 4 ErbStG)	504
2.2.7	Vermögen zur Erfüllung von Altersversorgungs verpflichtungen (§ 13b Abs. 3 ErbStG)	504
2.2.8	Investitionsklausel (§ 13b Abs. 5 ErbStG).....	505
2.2.9	Anteilige Aufteilung und Verrechnung der verbleibenden Schulden (§ 13b Abs. 6 ErbStG).....	505
2.2.10	Unschädlichkeitsbetrag i. H. v 10 % (§ 13b Abs. 7 ErbStG)	507
2.2.11	Verbundvermögensaufstellung (§ 13b Abs. 9 ErbStG).....	508
2.3	Verschonung des begünstigten Vermögens (§ 13a ErbStG)	509
2.3.1	Allgemeines	509
2.3.2	Größenklassen (§§ 13a Abs. 1, 13c Abs. 1, 28a ErbStG)	509
2.3.2.1	Relevante Schwellenwerte	509
2.3.2.2	Ermittlung der Größenklassen.....	510
2.3.3	Verschonungsbedarfsprüfung: Erlassmodell (§ 28a ErbStG)	510
2.3.4	Privilegierung von Familiengesellschaften	513
2.3.4.1	Allgemeines	513
2.3.4.2	Voraussetzungen	513
2.3.4.3	Rechtsfolge	514
2.4	Erhalt der Verschonung/Wohlverhaltensphase	514

2.4.1	Lohnsummenregelung (§ 13a Abs. 3 ErbStG).....	514
2.4.1.1	Allgemeines	514
2.4.1.2	Grundprinzip der Lohnsummenregelung	514
2.4.1.3	Rechtsfolgen bei einem Verstoß gegen die Mindestlohnsumme.....	515
2.4.2	Behaltensregelungen	515
2.5	Stundung beim Erwerb von Todes wegen (§ 28 ErbStG)	515
2.6	Änderung des Bewertungsgesetzes (§ 203 Abs. 2 S. 2 BewG).....	516
2.7	Zeitlicher Anwendungsbereich	516

H Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen (BEPS-UmsG)..... 517

1	Überblick	517
1.1	Ausgangslage	517
1.2	Zielsetzungen	518
2	Verfahrensrechtliche Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz und des Informationsaustausches	519
2.1	Änderung der Abgabenordnung	519
2.1.1	Erweiterung der Verordnungsermächtigung bei Anwendung von DBA § 2 AO	519
2.1.1.1	Hintergrund und Ziel der Regelung	519
2.1.1.2	Übergang von der Steuerfreistellung zur Steueranrechnung, § 2 Abs. 3 Nr. 1 AO.....	519
2.1.1.3	Anwendung der Kassenstaatsklausel, § 2 Abs. 3 Nr. 2 AO	519
2.1.2	Erweiterung der Mitwirkungspflichten bei Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Personen, § 90 Abs. 3 AO	520
2.1.2.1	Hintergrund der Neuregelung	520
2.1.2.2	Anwendungsbereich.....	520
2.1.2.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich	520
2.1.2.2.2	Sachlicher Anwendungsbereich	521
2.1.2.3	Vorlagepflicht und Sanktionierung	522
2.1.2.4	Inkrafttreten, Art. 97 § 22 EGAO	522
2.1.3	Erweiterung der Datenübermittlungsbefugnisse beim internationalen Informationsaustausch, § 117c AO	523
2.1.4	Länderbezogene Berichte multinationaler Unternehmensgruppen (Country-by-Country-Reporting), § 138a AO.....	523
2.1.4.1	Persönlicher Anwendungsbereich	524
2.1.4.1.1	Inländisches Unternehmen als Konzernobergesellschaft	524
2.1.4.1.2	Inländisches Unternehmen als beauftragtes Unternehmen einer ausländischen Konzernobergesellschaft.....	524
2.1.4.1.3	Inländisches Unternehmen als „Ersatzverpflichteter“ für ausländische Konzernobergesellschaft.....	524
2.1.4.2	Inhalt des länderbezogenen Berichts (Country by Country Reporting)	525
2.1.4.2.1	Bestimmungen zu Informationsbereichen.....	525
2.1.4.2.2	Übermittlung des Länderberichts und ergänzende Pflichten.....	527
2.1.4.2.3	Weitere Erklärungspflichten	527
2.1.4.2.4	Sanktionierung durch Erweiterung des Bußgeldtatbestands, § 379 Abs. 1 Nr. 1c AO	527
2.1.4.2.5	Befugnisse des BZSt, § 138a Abs. 7 AO	528
2.1.4.2.6	Inkrafttreten, Art. 97 § 31 EGAO	528
2.2	Änderung des EU-Amtshilfegesetzes (EUAHiG).....	528
2.2.1	Begriffsbestimmungen, § 2 Abs. 2–7 EUAHiG	528
2.2.1.1	Automatischer Austausch	529
2.2.1.2	Verfügbare Informationen.....	529
2.2.1.3	Vorbescheid, § 2 Abs. 3 EUAHiG	529

2.2.1.4	Vorabverständigung, § 2 Abs. 4 EUAHiG.....	530
2.2.1.5	Unternehmen und verbundenes Unternehmen, § 2 Abs. 5, 9 EUAHiG.....	530
2.2.1.6	Verrechnungspreise, § 2 Abs. 6 EUAHiG	530
2.2.1.7	Transaktion und grenzüberschreitende Transaktion, § 2 Abs. 7, 8 EUAHiG	530
2.2.2	Erweiterte Befugnisse zugunsten des BZSt und der Finanzbehörden.....	531
2.2.2.1	Automatische Übermittlung von Informationen, § 7 EUAHiG	531
2.2.2.1.1	Allgemeine Bestimmung.....	531
2.2.2.1.2	Übermittlung von Informationen, § 7 Abs. 3, 4 EUAHiG	532
2.2.2.1.3	Umfang der Datensätze/Informationen, § 7 Abs. 7 EUAHiG.....	533
2.2.2.1.4	Übermittlung des länderbezogenen Berichts multinationaler Unternehmen.....	534
2.2.2.1.5	Ausnahmen vom automatischen Informationsaustausch, § 7 Abs. 5 EUAHiG	534
2.2.2.2	Weitere Befugnisse der Finanzbehörden.....	534
2.2.2.2.1	Datenspeicherung des BZSt, § 3 Abs. 3 S. 2, Abs. 4 EUAHiG	534
2.2.2.2.2	Auswertungsbefugnis, § 7 Abs. 14 EUAHiG.....	534
2.2.2.2.3	Einleitung eines Auskunftersuchens durch Finanzbehörde, § 6 Abs. 2 EUAHiG.....	535
2.2.2.2.4	Erteilung von Eingangsbestätigungen/Errichtung eines sog. Zentralverzeichnisses,.....	535
2.2.2.3	Inkrafttreten, § 21 EUAHiG.....	535
2.3	Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes.....	535
2.4	Änderung des Finanzkonten-Informationsaustauschgesetzes (FKAustG).....	536
2.4.1	Hintergrund.....	536
2.4.2	Regelungsinhalt.....	536
2.4.2.1	Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereichs.....	536
2.4.2.2	Berücksichtigung der Grundsätze des Risikomanagements, § 5 Abs. 3 FKAustG.....	536
2.4.2.3	Ausschluss der Anhörung bei Datenübermittlungen, § 5 Abs. 8 FKAustG.....	536
2.5	Änderungen der FATCA-USA-Umsetzungsverordnung	536
2.5.1	Hintergrund.....	536
2.5.2	Regelungsinhalt.....	537
2.5.2.1	Aufbewahrungspflichten für Finanzinstitute, § 8 Abs. 9 FATCA-USA-UmsVO.....	537
2.5.2.2	Anwendung des Risikomanagementsystems und Auswertungsrecht des BZSt, § 9 FACTA-USA-UmsVO.....	537
3	Materiell-rechtliche Maßnahmen zur Beseitigung von Besteuerungslücken und sonstige Änderungen.....	537
3.1	Besteuerung von Unternehmen.....	537
3.1.1	Einschränkungen beim Teileinkünfteprivileg für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute, § 3 Nr. 40 S. 3 EStG, § 8b Abs. 7 KStG	537
3.1.1.1	Hintergrund und Zielsetzung.....	537
3.1.1.2	Regelungsinhalt.....	538
3.1.1.2.1	Aufhebung der bankenaufsichtsrechtlichen Verknüpfung	538
3.1.1.2.2	Bankenspezifische Ausrichtung des Finanzunternehmens erforderlich	539
3.1.1.2.3	Inkrafttreten.....	540
3.1.2	Eindämmung hybrider Finanzstrukturen, § 4i EStG	540
3.1.2.1	Hintergrund und Zielrichtung	540
3.1.2.2	Regelungsinhalt.....	541
3.1.2.2.1	Abzugsverbot erfasst nur Sonderbetriebsausgaben.....	541
3.1.2.2.2	Keine zeitliche Korrespondenz beim Abzug im anderen Staat erforderlich	541
3.1.2.2.3	Ausnahmen vom Abzugsverbot	541
3.1.2.2.4	Inkrafttreten.....	542
3.1.3	Erweiterungen des Treaty Override	542
3.1.3.1	Ausdehnung der Rückfallklausel (Subject to Tax-Klausel), § 50d Abs. 9 EStG	542
3.1.3.1.1	Hintergrund und Zielsetzung.....	542
3.1.3.1.2	Regelungsinhalt.....	543
3.1.3.2	Besteuerung stiller Reserven in sog. Wegzugsfällen, §§ 50i und 6 Abs. 3 EStG.....	544
3.1.3.2.1	Hintergrund und Zielstellung	544
3.1.3.2.2	Regelungsinhalt des § 50i EStG.....	545

3.1.3.2.3	Inkrafttreten.....	546
3.1.3.2.4	Regelungsinhalt des § 6 Abs. 3 EStG	546
3.1.3.3	Vermeidung des sog. Cum/Cum-Treaty-Shopping, § 50j EStG	546
3.1.3.3.1	Hintergrund und Zielsetzung.....	546
3.1.3.3.2	Regelungsinhalt.....	547
3.1.3.3.3	Inkrafttreten.....	549
3.1.4	Änderungen bei der Gewerbesteuer	549
3.1.4.1	Festlandsockel als gemeindefreies Gebiet, § 4 Abs. 2 S. 2 GewStG	549
3.1.4.2	Einbeziehung des AStG-Hinzurechnungsbetrags, § 7 S. 7 bis S. 9 GewStG.....	550
3.1.4.2.1	Hintergrund	550
3.1.4.2.2	Regelungsinhalt.....	550
3.1.4.3	Gewerbeertragsermittlung in Organschaftsfällen, § 7a GewStG	551
3.1.4.3.1	Hintergrund	551
3.1.4.3.2	Regelungsinhalt.....	551
3.1.4.4	Ergänzungen bei der gewerbesteuerlichen Kürzung, § 9 GewStG	553
3.1.4.4.1	Keine Kürzung bei ausländischen Betriebsstätten-Einkünften, § 9 Nr. 2 GewStG.....	553
3.1.4.4.2	Zuordnung der Betriebsstätten-Kürzung zum Gewerbebetrieb, § 9 Nr. 3 S. 1 GewStG.....	554
3.1.4.5	Inkrafttreten.....	554
3.1.5	Sonstige Änderungen im Unternehmensteuerbereich	554
3.1.5.1	Höchstbetrag bei Rückstellungen für ungebundene Beitragsrückerstattungen, § 21 Abs. 2 KStG).....	554
3.1.5.2	Streichung der Rücklagenbildung für Bausparkassen, § 21b KStG	554
3.1.5.3	Zerlegung der Körperschaftsteuer, §§ 4, 5 und 12 ZerlG.....	554
3.1.5.3.1	Hintergrund	554
3.1.5.3.2	Regelungsinhalt.....	555
3.1.5.3.3	Inkrafttreten, § 12 Abs. 3 ZerlG.....	555
3.1.5.4	Anpassung im Investmentsteuerreformgesetz, § 18 Abs. 4 InvStG	556
3.2	Besteuerung von Privatpersonen.....	556
3.2.1	Besteuerung von Abfindungen, § 19 Abs. 1 EStG, § 50d Abs. 12 EStG	556
3.2.1.1	Hintergrund	556
3.2.1.2	Regelungsinhalt.....	556
3.2.2	Steuerbarkeit von Leerverkäufen, § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 EStG	557
3.2.3	Abgeltungsteuer bei unternehmerischer Beteiligung, § 32d Abs. 2 Nr. 3b EStG	557
3.2.3.1	Ausgangslage	557
3.2.3.2	Regelungsinhalt.....	558
3.2.3.3	Inkrafttreten.....	558
3.2.4	Sonderausgabenabzug bei Versorgungsleistungen	558
3.2.4.1	Versorgungsausgleichszahlungen, § 10 Abs. 1a Nr. 3 S. 1 EStG	558
3.2.4.2	Erweiterung des Sonderausgabenabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen, § 50 Abs. 1 S. 3 EStG	558
3.2.4.2.1	Hintergrund und Regelungsziel.....	558
3.2.4.2.2	Inkrafttreten.....	559
3.2.5	Änderungen beim Steuertarif, Kinderfreibetrag, Kindergeld usw.	559

Stichwortverzeichnis 560

PwC-Standorte (Steuerberatung) 583

Abkürzungsverzeichnis

€	Euro (Währung)
a. A.	andere Auffassung
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz, Absätze
Abschn.	Abschnitt/e
AdV	Aussetzung der Vollziehung
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfA	Absetzung für Abnutzung
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AIF	Alternative Investment Fund (alternative Investmentfonds)
AIFM	Alternative Investment Fund Manager (Alternative-Investmentfonds-Manager)
AktG	Aktiengesetz
AltEinkG	Alterseinkünftegesetz
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AOA	Authorised OECD Approach
AO-E	Abgabenordnung-Entwurf
AO-StB	AO-Steuerberater, Informationsdienst zu Steuerverfahren, Betriebsprüfung, Rechtsschutz nach AO/FGO, Steuerstrafrecht (Fachzeitschrift)
APAReG	Abschlussprüferaufsichtsreformgesetz
AReG	Abschlussprüfungsreformgesetz
Art.	Artikel
AStG	Außensteuergesetz
ATAD	Anti Tax Avoidance Directive
ATP	Aggressive Tax Planning
Az.	Aktenzeichen
B+P	Zeitschrift für Betrieb und Personal
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BayLfSt	Bayerisches Landesamt für Steuern
BB	Betriebsberater (Fachzeitschrift)
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
BeckRS	Beck-Rechtsprechung, beck-online (Datenbank)
BEPS	Base Erosion and Profit Shifting (OECD-Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen)
BEPS-UmsG	Gesetzes zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen

BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung: (Betriebsrentengesetz)
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des BFH, Haufe-Lexware, Freiburg
BFH/PR	Entscheidungs-Kommentierungen zu amtlich veröffentlichten BFH-Entscheidungen, Fachzeitschrift Haufe-Lexware, Freiburg
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des BFH, herausgegeben von Mitgliedern des BFH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BsGaV	Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung
BStBK	Bundessteuerberaterkammer
BStBl	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
Buchst.	Buchstabe/n
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BvL	Aktenzeichen des Bundesverfassungsgerichts
BvR	Aktenzeichen einer Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht
BZSt	Bundeszentralamt für Steuern
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CbCR	Country-by-Country-Reporting
CHF	Schweizer Franken (Währung)
CMR	Internationalen Vereinbarung über Beförderungsverträge auf Straßen
CRR	Capital Requirements Regulation
CSR	Corporate Social Responsibility – Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung
CSR-RL	Richtlinie zur Umsetzung der RL 2014/95/EU zur Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen
CTA	Covered Tax Agreements
d. h.	das heißt
DB	Der Betrieb (Fachzeitschrift)
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DM	Deutsche Mark (Währung)
Doppelbuchst.	Doppelbuchstaben
DStR	Deutsches Steuerrecht (Fachzeitschrift)
DStRE	Deutsches Steuerrecht Entscheidungsdienst
DStV	Deutscher Steuerberaterverband e. V.

DSzZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Fachzeitschrift)
DV	Durchführungsverordnung
e. V.	eingetragener Verein
EATR	Effective average tax rate
EBITDA	Gewinn + Schuldzinsen + planmäßige Abschreibungen – Zinserträge
ECOFIN	Rat der Europäischen Union in der Zusammensetzung der Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Mitgliedsstaaten
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (juristische Fachzeitschrift)
EFTA	European Free Trade Association – Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EGAO	Einführungsgesetz zur Abgabenordnung
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EK	Eigenkapital
ELBA	elektronische Bilanzabgabe
ELStAM	elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
ErbSt	Erbschaftsteuer
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
ErbStG-RegE	Regierungsentwurf zur Reform des Erbschaftsteuergesetz
ErbStH	Hinweise zu den Erbschaftsteuer-Richtlinien
ErbStR	Erbschaftsteuer-Richtlinien
ESt	Einkommensteuer
EStÄR	Einkommensteuer-Änderungsrichtlinien
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
EStG-E	Einkommensteuergesetz-Entwurf
EStH	Einkommensteuer-Hinweise
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUAHiG	Gesetz über die Durchführung der gegenseitigen Amtshilfe in Steuersachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-Amtshilfegesetz)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EÜR	Einnahme-Überschuss-Rechnung
EURLUmsG	EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetz
EUSt	Einfuhrumsatzsteuer
EU-UStB	EU-Umsatz-Steuer-Berater, Informationsdienst zu EU-Richtlinien und zur EuGH-Rechtsprechung (Beilage der Fachzeitschrift Umsatz-Steuer-Berater)
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
EZ	Erhebungszeitraum
f.	folgende
FA	Finanzamt

FATCA	Foreign Account Tax Compliance Act (US-Gesetzes zum US-Steuer-Reporting von ausländischen Finanzinstitutionen)
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
FIFO	First-In-First-Out
FinMin	Finanzministerium
FKAustG	Gesetz zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen und zur Änderung des EU-Amtshilfegesetzes und anderer Gesetze
FR	Finanz-Rundschau
FuE	Forschung und Entwicklung
FVG	Gesetz über die Finanzverwaltung
G20	Abkürzung für Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer)
GAufzV	Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung
GBI	Gesetzblatt
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GewSt	Gewerbesteuer
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GKB	Gemeinsame KSt-Bemessungsgrundlage
GKKB	Gemeinsame konsolidierte KSt-Bemessungsgrundlage
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Fachzeitschrift)
GmbH-StB	Der GmbH-Steuerberater (Fachzeitschrift)
grds.	grundsätzlich/e/er/en
GrESt	Grunderwerbsteuer
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz
GRI	Global Reporting Initiative
GrSt	Grundsteuer
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. M.	herrschende Meinung
Halbs.	Halbsatz
HFR	Humboldt Forum Recht (juristische Internetzeitschrift an der Humboldt-Universität zu Berlin)
HGB	Handelsgesetzbuch
HGB-E	Handelsgesetzbuch-Entwurf
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HöfeO	Höfeordnung

HZA	Hauptzollamt
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. H. v.	in Höhe von
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne der/des/dieser
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
ID-Nr.	Identifikationsnummer
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IDW-PS	Institut Deutscher Wirtschaftsprüfer, Prüfungsstandards
IFC	International Finance Cooperation
IFRS	International Financial Reporting Standards, internationale Rechnungslegungs- vorschriften für Unternehmen
ifst	Institut Finanzen und Steuern e. V.
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
InvSt	Investmentsteuer
InvStG	Investmentsteuergesetz
InvStG-E	Investmentsteuergesetz-Entwurf
InvStRefG	Investmentsteuerreformgesetz
IP	Intellectual Property (Geistiges Eigentum)
ISA	International Standards on Auditing
IStR	Internationales Steuerrecht (Fachzeitschrift)
IT	Informationstechnik
JStG	Jahressteuergesetz
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KapErtrSt	Kapitalertragsteuer
KassenSichV	Kassensicherungs-Verordnung
KernbrSt	Kernbrennstoffsteuer
KG	Kommanditgesellschaft
KiSt	Kirchensteuer
km/h	Kilometer pro Stunde
KMU	Kleinstunternehmen sowie kleinere und mittlere Unternehmen
KonsVerCHEV	Verordnung zur Umsetzung von Konsultationsvereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft
KraftStG	Kraftfahrzeugsteuergesetz
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
kW	Kilowatt
KWG	Kreditwesengesetz
LfSt	Landesamt für Steuern
LG	Landgericht
LoB-Klausel	Limitations-on-Benefits-Klausel
Ls.	Leitsatz

LSt	Lohnsteuer
LStDV	Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
LStR	Lohnsteuer-Richtlinien
Ltd.	Limited Company (nicht-börsennotierte Kapitalgesellschaft)
LuF	Land- und Forstwirtschaft
m. E.	meines Erachtens
max.	maximal/e
MCAA	Multilateral Competent Authority Agreement
Mio.	Million, Millionen
MLI	Multilaterale Instrument
MNU	multinationales Unternehmen
MV	Mehrseitige Vereinbarung
MwSt	Mehrwertsteuer
MwStR	Mehrwertsteuerrecht (Fachzeitschrift)
MwStSystRL	Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie
n. F.	neue Fassung
n. v.	nicht (amtlich) veröffentlicht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Fachzeitschrift)
Nr.	Nummer
nwb	Neue Wirtschaftsbriefe (Fachzeitschrift)
o. g.	oben genannt/en
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OECD-MA	Musterabkommen zur Regelung von Doppelbesteuerungsfällen zwischen Staaten
OFD	Oberfinanzdirektion
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OGAW-RL	OGAW-Richtlinie
OLG	Oberlandesgericht
p. a.	per anno
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung (Fachzeitschrift)
Pkw	Personenkraftwagen
PM	Pressemitteilung
PPT	Principal Purpose Test
rkr.	rechtskräftig
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer/n
Rs.	Rechtssache/n
Rspr.	Rechtsprechung
Rz.	Randziffer
s.	siehe
S.	Seite, Seiten oder Satz, Sätze (in Normenzitaten)
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten
SenFin	Senatsverwaltung für Finanzen